

Balanceakt einer politiknahen Wissenschaft

Die Migrationsforschung hat Konjunktur / Beharren auf Unabhängigkeit

Das Wort „Migrationsforschung“ wurde noch vor ein paar Jahren in mancher Zeitung aus Manuskripten gestrichen, weil der Leser damit angeblich nichts anfangen konnte. An der Universität wurden Forscher, die sich mit Wanderungsbewegungen und ethnischen Fragen befassen, als Exoten betrachtet. Diese Zeiten sind vorbei. Die Bedeutung der „Migrations- und Ethnizitätsforschung“ wird angesichts weltweiter Wanderungen und ausländerfeindlicher Gewalt anerkannt. Eine Konferenz folgt der anderen. Wissenschaftler werden bei aktuellen Anlässen nach ihrer Ansicht gefragt. Sogar Fördermittel für Untersuchungen fließen reichlich – noch, wie die Forscher betonen.

Die Wissenschaftler können sich kaum darüber freuen. „Das parteiübergreifende Dementi, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland, hat mehr als ein Jahrzehnt lang eine der brisantesten politischen Aufgaben tabuisiert und blockiert“, sagt Klaus Bade, Direktor des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück. Migrationsforscher sind denn auch heute noch behutsam im Umgang mit der Politik. Sie suchen den Dialog, äußern sich zu aktuellen Fragen, aber wollen ihre Forschungsergebnisse nicht mißbrauchen lassen. Das Osnabrücker Institut ist eines von mehreren Zentren der Migrationsforschung von überregionaler Bedeutung, neben dem Europäischen Forum für Migrationsstudien an der Universität Bamberg, an dessen Spitze der Soziologe Friedrich Heckelmann steht, und dem von Jochen Blaschke geleiteten Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung.

Einer der Versuche, mit der Politik ins Gespräch zu kommen, ist das von Klaus Bade herausgegebene Buch „Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung“ (Beck Verlag). 60 Wissenschaftler verschiedener Fachgebiete haben das Manifest unterzeichnet. Bade möchte die Wissenschaftler miteinander ins Gespräch bringen und gleichzeitig mit der Politik in einen pragmatischen Dialog eintreten.

Keine Patentlösung

Das „Manifest“ biete keine Patentlösungen an, betont Bade. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre aber beispielsweise die Einrichtung einer politischen Schaltstelle auf Bundesebene, die sich der Problematik der Migration nach Deutschland annimmt. Inzwischen reagieren auch die Parteien auf die Anregungen und Vorschläge der Wissenschaftler. Bade ist der Auffassung, daß Bündnis 90/Grüne und SPD bereits Entwürfe für Einwanderungsgesetze in den Schubladen haben.

Auch Berliner Migrationsforscher nehmen die wachsende Nachfrage nach ihrer Arbeit zur Kenntnis, beharren jedoch auf ihrer unabhängigen Position als Wissenschaftler. Rainer Münz vom Institut für Demographie an der Humboldt-Universität weiß um die Interessen der Politik. Bei der Sammlung von Daten stößt er immer



wieder auf Schwierigkeiten: „Jede Behörde hat ein partikulares Interesse. Der einen ist daran gelegen, Zahlen von Zuwanderern zu übertreiben, anderen daran, sie sehr hoch ausfallen zu lassen.“ Die Definitionen dessen, was ein Zuwanderer, ein Flüchtling, ein Asylbewerber sei, unterscheide sich von Land zu Land. Vergessen werde bei diesen Kategorisierungen dabei, daß es sich bei der Wanderung um den Normalfall handele.

Auch Jochen Blaschke vom Berliner Institut für Sozialforschung, der sich seit den

siebziger Jahren mit Wanderung, Flucht und Asyl befaßt, beobachtet die Politik kritisch. Politikern falle es schwer, die Vielfalt der Migrationsbewegungen und die komplexen Hintergründe der internationalen Wanderung zu verstehen. „Man denkt überwiegend technokratisch. Die internationale Gemeinschaft wird als eine Art Maschine betrachtet, als ein System kommunizierender Röhren. Da ist immer wieder von ‚Sog‘ und ‚Druck‘ die Rede.“

Wissenschaft müsse sich hüten, die Unabhängigkeit gegenüber der Politik zu

Berliner Verbund der Migrationsforscher

Das 1978 gegründete Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung koordiniert seit 1991 im Auftrag des Landes Berlin den „Interdisziplinären Verbund zur Migrationsforschung in Berlin“. Unterstützt von Stiftungen, staatlichen und europäischen Stellen bemühen sich Institut und Verbund, ein Netzwerk aller in und um Berlin forschenden und lehrenden Wissenschaftler aufzubauen, die sich mit Fragen von Wanderung und Ethnizität befassen. Einige thematische Schwerpunkte sind: die *Diaspora* verschiedener Völker (in Zusammenarbeit mit der Hebräer-Universität in Jerusalem); die Bildung ethnischer Gemeinschaften im Ausland

(„Community Formation“); die Situation ausgewanderter alter Menschen (*Sozialgerontologie*); Flucht und Vertreibung („Displacement“). Das Institut koordiniert das „Europäische Forum zur Erforschung von Migration und ethnischen Beziehungen“ sowie das „Internationale Flüchtlingsdokumentationsnetzwerk“, einen Zusammenschluß von über 300 Flüchtlingsdokumentationszentren. Der Verbund gibt die Zeitschrift „Migration“ heraus und veröffentlicht seit 1993 als laufend zu ergänzende Loseblattsammlung das Handbuch „Berliner Migrationsforschung – Personen, Institutionen, Veröffentlichungen, Projekte“.

Anschrift: Schliemannstraße 23, Prenzlauer Berg, Postfach 30 11 25, 10437 Berlin, Telefon: 444 10 88.

haft



HUNGER UND KRIEG vertreiben Menschen wie die bosnischen Flüchtlinge aus ihrer Heimat. Migrationsforscher analysieren Fluchtursachen, die Aufnahme in den Zufluchtsländern und die Entwicklung ethnischer Gemeinschaften in der Fremde. Foto: dpa

verlieren. Es gebe bei Staaten und Staatengemeinschaften wie der Europäischen Union das Bedürfnis, einen „großen Entwurf“ für den Umgang mit der Zuwanderung zu entwickeln. „Da liegt die Vermutung nahe, daß nach einer wissenschaftlichen Legitimation gesucht wird“, bemerkt Blaschke. „Wir wollen und müssen die Politik beraten, aber wir können nicht an die Stelle der Politiker treten.“

Ärger über Vokabular

Noch härter formuliert Abraham Ashkenasi seine Skepsis. Der Politologe an der Freien Universität, der gemeinsam mit Ingrid Oswald vom Osteuropa-Institut der FU den von Blaschkes Institut gegründeten „Interdisziplinären Verbund zur Migrationsforschung in Berlin“ leitet, ärgert sich über das Vokabular mancher Politiker, die sich ernsthaft mit Wanderungsbewegungen beschäftigen: „Da ist dann die Rede von der Notwendigkeit, ein ‚Frühwarnsystem‘ zu entwickeln, um sich auf Flüchtlingsströme einstellen zu können. Da geht es um arme Teufel im Sudan, und man tut so, als handele es sich um militärische Luftangriffe.“

Den Balanceakt zwischen Politikberatung und wissenschaftlicher Distanz wird den Wissenschaftlern auch an diesem Wochenende wieder abverlangt: Im Haus der Kulturen der Welt findet die „Koordinationstagung zur Dokumentation und zur Vernetzung im Forschungsbereich Migration, Flucht und ethnische Beziehungen“ statt. CHRISTIAN BÖHME / PAUL STOOP